



## Mehr Rechte für die Polizei sollen Sicherheitslücke schließen

**Die Polizei soll in NRW in den nächsten Jahren nicht nur mehr Personal bekommen, sondern auch bessere rechtliche Möglichkeiten erhalten, um Straftaten zu verhindern und die Täter wirksam zu verfolgen. Darauf hatten sich CDU und FDP in ihrem im Juni vergangenen Jahres unterzeichneten Koalitionsvertrag geeinigt. Mitte Februar hat Innenminister Herbert Reul (CDU) erste Eckpunkte für eine entsprechende Änderung des Polizeigesetzes vorgestellt. Sie reichen von der Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Nutzung der Quellen-TKÜ über die Einführung der sogenannten strategischen Fahndung bis Ausweitung der Videokontrollen. Mit einem Großteil der geplanten Änderungen greift die schwarz-gelbe Landesregierung langjährige Forderungen der GdP auf.**

Das gilt vor allem für die Zulassung der präventiven Quellen-TKÜ, mit deren Hilfe die Polizei die Kommunikation von Tatverdächtigen über Handys und Messenger-Dienste überwachen kann, bevor sie verschlüsselt wird, und für das Instrument der strategischen Fahndung, mit deren Hilfe sie in Zukunft auch in NRW Fahrzeuge verdachtsunabhängig anhalten und kontrollieren kann. Bislang ist das nur über den Umweg einer Verkehrskontrolle möglich, und das auch nur eingeschränkt.

In einer ersten öffentlichen Stellungnahme hat die GdP deshalb die geplante Gesetzesänderung ausdrücklich begrüßt. „Straftäter sind heute europaweit organisiert und grenzüberschreitend aktiv. Dass die Polizei bei Einbrecherbanden nach einem Grenzübertritt ohne konkreten Anhaltspunkt bislang nur die Papiere des Fahrers kontrollieren darf, nicht aber die der weiteren Insassen, und dass sie das Fahrzeug nicht nach Diebesgut durchsuchen darf, nutzt

nur den Tätern. Es ist überfällig, dass diese Einschränkung endlich aufgehoben wird“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert.

Auch die Einführung der präventiven Quellen-TKÜ wird von der GdP begrüßt. „Straftäter nutzen längst digitale Kommunikationswege, um ihre Taten vorzubereiten. Deshalb ist es überfällig, dass die Polizei endlich auch in NRW die Möglichkeit bekommt, im Bereich der organisierten Kriminalität und bei Terrorverdächtigen auf die Kommunikation der Täter zugreifen zu können“, sagte Plickert. Zu der in den letzten Jahren in der öffentlichen Debatte immer wieder geäußerten Befürchtung, damit werde der Polizei ein

Instrument an die Hand gegeben, um flächendeckend alle Bürger zu überwachen, erinnerte der GdP-Vorsitzende daran, dass sich diese Maßnahme ausdrücklich gegen Schwerekriminalität richtet, nicht gegen unbescholtene Bürger. Deshalb werde auch in Zukunft die Anordnung einer TKÜ unter Richtervorbehalt stehen.

Um Terroristen und die Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen zu können, muss aus Sicht der GdP auch eine Rechtsgrundlage für Onlinedurchsuchungen geschaffen werden. Dieser Punkt fehlt allerdings in dem von Reul angekündigten Gesetzespaket, weil sich CDU und FDP darüber noch nicht einig konnten. Ob das in einem für später geplanten Sicherheitspaket II nachgeholt wird, bleibt abzuwarten. Bereits verständigt haben sich



**„Zukunft beginnt jetzt!“ – unter diesem Motto steht der 32. ordentliche Landesdelegiertentag der GdP am 24. – 26. April in Düsseldorf. 168 Delegierte aus ganz NRW werden nicht nur den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GVS) für die kommenden vier Jahre wählen, sondern auch über die künftigen Arbeitsschwerpunkte der GdP beraten. Grundlage der Diskussionen ist ein 251 Anträge umfassendes Arbeitspaket, das Forderungen zur zahlreichen Themen benennt, für die sich die GdP in den nächsten vier Jahren einsetzen soll. Von der Erhöhung der Zulagen bei der Polizei bis zur Durchsetzung von besseren Aufstiegschancen. Auch eine bessere technische Ausstattung der Polizei, ein besserer Gesundheitsschutz und die Altersversorgung der Tarifbeschäftigten gehören mit dazu.**

**Ein Höhepunkt des Landesdelegiertentags wird zudem der Festakt am 25. April sein, mit der die GdP an die Gründung des „Bundes der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen“ vor 70 Jahren erinnert – dem Vorläufer der zwei Jahre später entstandenen Gewerkschaft der Polizei.**

Mehr Infos: Seite 4 – 5

→ Seite 2



# GdP unterstützt den Vorstoß, Polizisten besser auf Einsatzsituationen vorzubereiten

**Mehr als drei Jahrzehnte ist das zu Beginn der achtziger Jahre entwickelte Einsatzkonzept der NRW-Polizei bereits alt, das auf eine bürgernahe Polizei baut. Vor der Anwendung von Zwangsmitteln setzt die NRW-Polizei erst einmal auf eine verbale Ansprache des polizeilichen Gegenübers. Auch in Konfliktsituationen. Diese Linie hat der NRW-Polizei viel Anerkennung gebracht. Inzwischen häufigen sich aber die Situation, in denen die Deeskalationsstrategie an ihre Grenzen stößt.**

Ein Indikator dafür sind die immer mehr um sich greifende Respektlosigkeit und Gewalt, denen die Polizistinnen und Polizisten gegenüberstehen, oft aus dem Nichts heraus. In problematischen Stadtteilen, gegenüber Rockern, gewaltbereiten Hooligans und politischen Extremisten stößt die NRW-Linie oftmals an ihre Grenzen, weil wir Konflikte nur dann kommunikativ lösen können, wenn das Gegenüber auch bereit ist, mit uns zu sprechen bzw. uns als Gesprächspartner zu akzeptieren. Eine vom LAFP eingesetzte Arbeitsgruppe hat deshalb die Frage untersucht, ob die Polizei angesichts des dramatisch veränderten Einsatzgeschehens noch richtig aufgestellt ist?

In einem Ende Februar über einen Bericht in der Rheinischen Post bekannt gewordenen internen Positionspapier

verneint die Arbeitsgruppe diese Frage und schlägt Änderungen am bisherigen Einsatzkonzept vor: „Die Polizei NRW muss an Konsequenz, Stabilität, Führungsstärke und Robustheit deutlich zulegen“, heißt es in der 25-seitigen Analyse. Ziel der Arbeitsgruppe ist es nicht, die bisherige NRW-Linie aufzugeben, aber sie muss aus ihrer Sicht ergänzt werden. In Konfliktsituationen müssten die Polizistinnen und Polizisten in der Lage sein, körperliche Robustheit, Präsenz und Durchsetzungsfähigkeit zu zeigen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine deutliche Ausweitung des Einsatztrainings der Beamten erforderlich.

Die GdP unterstützt die grundsätzliche Neuausrichtung. Von der Rheinischen Post nach einer Bewertung des

Positionspapiers gefragt, forderte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert, dass die Trainingseinheiten zum Umgang mit Gewalt deutlich ausgeweitet werden. Vor allem die Situation der Beamten des Wach- und Wechseldienstes, auf die 85 Prozent aller Übergriffe durch Gewalttäter entfallen, muss dabei besonders in den Fokus genommen werden. Zudem müssten die Beamten besser in Techniken zum Umgang mit Stress geschult werden.

Auch Innenminister Reul bewertete das Arbeitspapier in einer ersten Reaktion positiv. Fast zeitgleich mit seiner Veröffentlichung kündigte er am 28. Februar zudem an, dass nach dem Polizeipräsidium Duisburg auch die Behörden Essen, Bochum, Dortmund und Wuppertal einen zusätzlichen Einsatzzug erhalten. Zudem sollen bis 2021 in NRW schrittweise drei Beweissicherungs- und Festnahme-hundertschaften an den drei Abteilungsstandorten Bochum, Wuppertal und Köln aufgebaut werden. Damit wird eine Lücke zu fast allen anderen Bundesländern und zur Bundespolizei geschlossen.

Fortsetzung von Seite 1

CDU und FDP dagegen auf eine Ausweitung der Videoüberwachung und auf den Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Gefährdern. Beide Maßnahmen werden von der GdP unterstützt, allerdings ist ihre Wirksamkeit begrenzt. Die Fußfessel kann die Polizei bei der Überwachung entlassener Sexualstraftäter zwar partiell entlasten, aber sie ist kein Allheilmittel, um sie an einer erneuten Tat zu hindern. Bei der Ausweitung der Videoüberwachung kommt es aus Sicht der GdP darauf an, dass durch die Kameras die Kriminalitätsschwerpunkte bekämpft und nicht verlagert werden. Dazu muss die Polizei genügend Kräfte vor Ort haben, um zum Beispiel mithilfe der Kameras erkannte Dealer sofort festzunehmen und die Beweismittel sicherstellen zu können. Sonst täuschen die Kameras den Bürgern eine Sicherheit nur vor.



## Der prüfungserleichterte Aufstieg in den höheren Dienst kommt!

Jahrelang hat die GdP dafür gekämpft, dass neben den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten und den Beamtinnen und Beamten der Feuerwehr in NRW auch die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten die Möglichkeit haben müssen, durch eine modulare Qualifizierungsmaßnahme in den höheren Dienst aufzusteigen. Den sogenannten prüfungserleichterten Aufstieg für PVB setzt die Landesregierung nun mit der Änderung der Laufbahnverordnung der Polizei (LVOPol) endlich um.

Bislang ist der Aufstieg in den Laufbahnabschnitt III ausschließlich durch ein Masterstudium an der Deutschen Hochschule Polizei möglich. Dafür stehen aber für ganz NRW nur 34 Plätze pro Jahr zur Verfügung. Aus Sicht der GdP ist das entschieden zu wenig. Gerade in Zeiten von Personalknappheit und wachsender Aufgabenbreite ist es für die Zukunftsfähigkeit der Polizei von entscheidender Bedeutung, dass sich das Land das Fachwissen der erfahrenen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten im gehobenen Dienst A 13 zunutze macht und ihnen entsprechend ihrer erbrachten Eignung, Leistung und Befähigung den Aufstieg in den höheren Dienst ermöglicht.

Um dieses Ziel zu erreichen, reicht eine Veränderung der Laufbahnverordnung alleine allerdings nicht aus, sondern die Landesregierung muss auch den zweiten Schritt gehen und die entsprechenden Stellen für den höheren Dienst im Haushalt schaffen. Denn es nützt niemandem, wenn die modular Qualifizierten anschließend mangels vorhandener Stellen nicht auch in den höheren Dienst aufsteigen können.



## Neues Sicherheitskonzept gewinnt langsam an Kontur



Wenn es um die Innere Sicherheit geht, zielen CDU und FDP nicht immer in die gleiche Richtung. Umso erstaunlicher war es, dass die Koalitionsverhandlungen zur Inneren Sicherheit im vergangenen Jahr relativ geräuschlos verliefen. Wo sich beide Parteien uneins sind, haben sie sich schnell auf einen Kompromiss verständigt. Die Schleierfahndung zum Beispiel kommt – nur heißt sie mit Rücksicht auf die FDP jetzt „strategische Fahndung“.

Noch erstaunlicher ist, wie schnell sich beide Regierungsparteien nach anfänglichem Zögern inzwischen auf die Umsetzung des Verabredeten verständigt haben. Von den rund 25 Einzelforderungen

im Bereich der Inneren Sicherheit, die sich im Koalitionsvertrag finden, ist fast die Hälfte bereits umgesetzt oder zumindest auf den Weg gebracht. Die Einstellung von 2300 Kommissaranwärtern und der ersten 500 Tarifbeschäftigten gehört ebenso dazu wie Abschaffung der Kennzeichnungspflicht und die noch für dieses Jahr geplante landesweite Ausstattung mit Bodycams. Die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten soll ebenso kommen wie der Verzicht auf die Verjähren der Mehrarbeit. Und jetzt kommt das Sicherheitspaket I mit den Stichworten Schleierfahndung, Fußfessel, Videoüberwachung, präventive Quellen-TKÜ, Verlängerung des Unterbringungs-gewahrsams und Probelauf Distanz-Elektro-Impuls-Gerät hinzu.

Sicher, so lässt sich einwenden: Am Ende kommt es auf die Details an. Und viele Pläne befinden sich noch in einem frühen Stadium. Aber die ersten Konturen eines neuen Sicherheitskonzepts werden langsam sichtbar. Eines Konzepts, bei dem zumindest die grobe Richtung stimmt.

Trotzdem stehen uns auch in den nächsten Jahren schwierige Zeiten bevor. Denn bis die versprochene Personalverstärkung greift, wird es noch dauern. Bis 2021 mindestens. Und nicht alles lässt sich problemlos umsetzen: Der geplante Aufbau von BFHu's zum Beispiel ist absolut richtig, aber hierzu muss den Behörden auch zusätzliches Personal zugewiesen werden. Ein weiteres Beispiel: Dass wir mehr Tarifbeschäftigte bei der Polizei brauchen, ist ebenso unbestritten. Aber wer hat einmal ernsthaft nachgezählt, wie viele von den ersten 500 bereits freigegebenen Stellen inzwischen besetzt sind?

Von den anderen Forderungen, die noch nicht einmal Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben, ganz zu schweigen. Zwei Beispiele: Alle Beteiligten wissen längst, dass die Aufhebung des fast drei Jahrzehnte alten Deckelungsbeschlusses mehr als überfällig ist. Er passt einfach nicht mehr in die Landschaft, wenn die Politik die Polizei tatsächlich personell stärken will. Und seit Jahren hat es keine Anpassung der Zulagen gegeben, was ebenfalls längst überfällig ist. Dass die Polizei qualifizierte Tarifbeschäftigte nur dann findet, wenn sie sie ordentlich bezahlt, wissen ebenfalls alle. Aber arbeitet an den drei Themen im Innenministerium jemand? Trotz aller Erfolge bleibt deshalb auch in Zukunft noch viel zu tun!

**Arnold Plickert,**  
Landesvorsitzender



## Spannende Entscheidungen erwartet

**Der alle vier Jahre stattfindende Landesdelegiertentag ist das höchste Beschlussorgan der GdP auf Landesebene. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehört die Wahl des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands (GVS) und die Diskussion und Beschlussfassung über die politischen Ziele und Aufgaben, für die sich die GdP in den nächsten vier Jahren einsetzen soll. Der vom 24. bis 26. April in Düsseldorf tagende 32. ordentliche Landesdelegiertentag wird mit besonderer Spannung erwartet, denn der bisherige Landesvorsitzende Arnold Plickert tritt wegen des Erreichens der Altersgrenze nicht mehr an. Um seine Nachfolge bewerben sich zwei Kandidaten: zum einen der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Michael Mertens (BV Köln) und zum anderen der bisherige Schriftführer Volker Huß (BV Detmold). Wer von den beiden Kandidaten zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wird, entscheiden am 24. April die 168 Delegierten aus ganz NRW. Am 25. April wird die GdP zudem mit einer Festveranstaltung an die Gründung des Bundes der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen vor 70 Jahren erinnern, dem Vorläufer der zwei Jahre später entstandenen Gewerkschaft der Polizei.**

Spannend dürfte auch die Diskussion über die 251 Anträge werden, die den Delegierten zur Entscheidung vorliegen. Themen sind u. a. die Forderung nach einer Modernisierung des Laufbahnrechts der Polizei, die Aufhebung des fast drei

Jahrzehnte alten Deckelungsbeschlusses, die Forderung nach einer Faktorisierung des Wach- und Wechseldienstes und die Anhebung der diversen, seit etlichen Jahren nicht mehr angepassten Zulagen. Auch die Frauenförderung und eine

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten und die Verwaltungsbeamten bei der Polizei stehen in dem Forderungskatalog. Weitere Anträge beschäftigen sich mit der Ausrüstung der Polizei. Für die Kriminalpolizei gibt es einen eigenen Leitantrag.

Im Antrag zur Modernisierung des Laufbahnrechts wird gefordert, dass die Polizeibehörden verpflichtet werden, flächendeckend ein Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzept einzuführen. Im Antrag zur Aufhebung des Deckelungsbeschlusses wird gefordert, dass die Zahl der A12- und A13-er Stellen endlich an den tatsächlichen Bedarf angepasst wird, damit alle Funktionsstellen in diesem Bereich sachgerecht besetzt werden können. In weiteren Anträgen wird zudem gefordert, dass bei der Polizei die Möglichkeiten für eine Fachkarriere erhöht werden, damit erfahrene Beamtinnen und Beamten nicht in eine andere Direktion wechseln



müssen, um beruflich aufsteigen zu können. In zwei Anträgen wird gefordert, dass die Regelungen des Landesbeamtengesetzes zur Altersteilzeit auch für Polizeibeamte gelten müssen und dass bei einem Wechsel von Polizeibeamten in den Verwaltungsbereich die Zeit, die sie im Vollzugsbereich verbracht haben, beim Eintritt in den Ruhestand anteilig berücksichtigt wird.

Zudem soll sich die GdP in Zukunft verstärkt für die Humanisierung des Wechselschichtdienstes einsetzen. In einem dazu eingebrachten Antrag wird für alle Polizeibeamten mit einer gesundheitlichen Einschränkung eine verbindliche Umsetzung des in der EU vorgesehenen Rechtsanspruchs auf einen Tagesarbeitsplatz gefordert. Zudem soll der Faktor für die im Wechselschichtdienst verbrachte Zeit von 1,79 auf 2,24 Prozent erhöht werden.

Einen breiteren Raum wird auf dem Landesdelegiertentag auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Tarifbeschäftigten einnehmen. Dazu wird gefordert, dass bei der Einstellung eines Tarifbeschäftigten eine aktuelle Arbeitsplatzbeschreibung und -bewertung der Behörde vorliegen muss. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Tätigkeit richtig bewertet wird. Ein weiterer Antrag zum Tarifbereich fordert, dass in Zukunft im öffentlichen Dienst keine sachgrundlosen Befristungen mehr zulässig sind. Analog der GdP-Forderung nach Einführung von Langzeitarbeitskonten für die Polizeibeamten soll es zudem auch für Tarifbeschäftigte Lebensarbeitszeitkonten geben. Weiter wird gefordert, dass das Niveau der gesetzlichen Rente auf dem heutigen Stand stabilisiert und in weiteren Schritten wieder angehoben wird. Zudem soll der Landesbezirksvorstand aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dass auch Regierungsbeschäftigte bei ihrer Einstellung eine Einführungsfortbildung erhalten, in der rechtliche, organisatorische und polizeispezifische Aspekte vermittelt werden.

Im Leitantrag „Kriminalpolitik 2020“ werden gleich vier zentrale Forderungen formuliert, um die Kriminalpolizei in NRW zukunftsfähig zu machen. Zum einen wird im Antrag ein Personalentwicklungskon-

zept gefordert, um eine Spezialisierung innerhalb der Direktion K zu fördern und Fachkarrieren wieder möglich zu machen. Zum anderen betont der Antrag noch einmal die Notwendigkeit einer einheitlichen Basisausbildung für alle Polizisten, fordert aber, dass die Fortbildungs-

maßnahmen innerhalb der Direktion K intensiviert werden und dass sie zeitnah zur Übernahme einer neuen Aufgabe erfolgen. Auch bei der IT-Technik sieht der Antrag deutlichen Nachholbedarf.

Mehr Infos zum Landesdelegiertentag: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de).



Nach dem Ende des von Deutschland begonnenen verbrecherischen Zweiten Weltkriegs war das Misstrauen der Alliierten gegen jede Form von deutschen Uniformträgern groß. Auch die Polizei wurde aufgelöst, ihre Aufgabe übernahm die Militärpolizei der Besatzungsmächte. Nur nach und nach wurden auf kommunaler Ebene wieder deutsche Polizeidienststellen aufgebaut.

Erst 1948 durften sich die Polizisten wieder gewerkschaftlich organisieren. Anfangs noch mit stark eingeschränkten Rechten. Am 22. Juni 1948 haben daraufhin Polizisten aus ganz NRW in Düsseldorf den „Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen“ gegründet, den Vorläufer der zwei Jahre später in Hamburg entstandenen Gewerkschaft der Polizei.

An diesen Gründungsakt vor 70 Jahren erinnert der GdP-Landesbezirk am 25. April mit einer Festveranstaltung in Düsseldorf. Dabei lässt er noch einmal die Geschichte der vergangenen 70 Jahre GdP Revue passieren, von den schwierigen Anfangsjahren, in denen die Polizisten nur mit einem Schlagstock ausgerüstet waren und schlecht bezahlt wurden, bis in die heutige Zeit.

Zu Beginn der Festveranstaltung erinnert ein kurzer Film an die wichtigsten Stationen, Ereignisse und Erfolge der vergangenen 70 Jahre. Und an das, was heute davon noch wichtig ist. Vom Kampf gegen den Kombattantenstatus der Polizei über das Engagement der GdP für die politische Neutralität der Polizei bei Arbeitskämpfen bis zur Durchsetzung der Zweigeteilten Laufbahn.

Für alle, die an der Festveranstaltung nicht teilnehmen, steht der Film ab dem 26. April auf der Homepage des Landesbezirks zum Download bereit. Parallel zum Film erscheint auch ein 20-seitiges Magazin, in dem Prominente wie Ministerpräsident Armin Laschet, Landtagspräsident André Kuper und die DGB-Bezirksvorsitzende Anja Weber sagen, wie sie die GdP sehen. Das Magazin steht ebenfalls ab dem 26. April auf der Homepage des Landesbezirks: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de).



# Abbau der Schwerlastkontrollen war ein Fehler

**484 Menschen sind im vergangenen Jahr in NRW im Straßenverkehr ums Leben gekommen, 40 weniger als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der Schwerverletzten ist 2017 leicht gesunken auf 13 331 Opfer und die Zahl der Leichtverletzten ging auf 63 967 zurück. Trotzdem ist die Verkehrsunfallbilanz 2017, die Innenminister Herbert Reul (CDU) Ende Februar vorgestellt hat, kein Grund zur Entwarnung, denn noch immer könnte man mit den Verkehrsoffern in NRW ein komplettes Fußballstadion füllen – Jahr für Jahr. Auch die Zahl der fast 500 Toten ist eindeutig zu hoch.**

Warum die Zahl der Verkehrsoffern trotzdem nicht stärker sinkt, zeigt ein Blick in die Details des Unfallgeschehens in NRW. Besorgniserregend sind vor allem die hohe Zahl der von Lkws verursachten schweren und tödlichen Verkehrsunfälle und die Zunahme der Verkehrsoffern durch Pedelec- und Krad-Fahrer. Im Schnitt rauscht mindestens einmal im Monat in NRW ein Lkw

in ein Stauende. „Lenkzeitverstöße, unzureichende Ladungssicherung, Überladung und Manipulationen bei Lkws sind keine Kavaliersdelikte, sondern machen aus einem Lkw eine rollende Bombe“, warnte deshalb GdP-Vorsitzender Arnold Plickert nach Bekanntwerden der neuen Unfallzahlen.

Die GdP fordert, dass mit der ständig steigenden Zahl der Gütertransporte in NRW auch die Zahl der Polizisten, die die Lkws kontrollieren und unsichere Fahrzeuge aus dem Verkehr ziehen, erhöht wird. „Schwere Lkw-Unfälle passieren nicht einfach, sondern sie sind oft auf bewusste Regelverstöße durch Fahrer und Speditoren zurückzuführen, zum Beispiel durch das Ausschalten von automatischen Abstandshaltensystemen und einem Teil der Fahrzeugbremsen sowie durch das massive Überschreiten der gesetzlich vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten“, kritisiert der GdP-Vorsitzende.

Um das Entdeckungsrisiko zu erhöhen, braucht die Polizei eine bessere Technik und mehr Spezialisten, aber auch mehr Kontrollplätze entlang der Autobahnen in NRW. „Es war ein Fehler, dass sich die Polizei in den vergangenen Jahren aus der Kontrolle des gewerblichen Güter- und Schwerlastverkehrs weitgehend zurückgezogen hat. Da muss jetzt gegengesteuert werden“, sagte Plickert. Verantwortlich für die massiven Verkehrsverstöße durch Lkws sind aus Sicht der GdP nicht nur die

Fahrer, sondern auch die Speditionen. „Die Fahrer sind nur das schwächste Glied in der Kette. Wir müssen endlich an die schwarzen Schafe in der Branche ran, die für den wahnsinnigen Termin- und Kostendruck verantwortlich sind. Speditionen, die ständig gegen die Verkehrsregeln verstoßen, muss die Lizenz entzogen werden“, fordert der GdP-Vorsitzende.

Auch bei den getöteten Radfahrern zeigt die Statistik ein differenziertes Bild: So sank zwar die Zahl aller ums Leben gekommenen Radfahrer im vergangenen Jahr von 57 auf 50, gleichzeitig stieg aber die Zahl der getöteten Pedelec-Fahrer von zwölf auf 21. 18 von ihnen waren 65 Jahre oder älter. Das zeigt, dass vor allem ältere Verkehrsteilnehmer die hohe Geschwindigkeit, die sie mit dem Pedelec erreichen können, oft unterschätzen. Die GdP fordert, dass besser über die Gefahren der motorunterstützten Fahrräder aufgeklärt wird.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

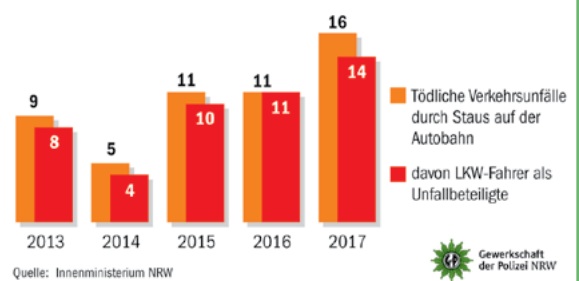
ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe  
ist der 4. April 2018.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [pinguin@gdp-reiseservice.de](mailto:pinguin@gdp-reiseservice.de)

## Die meisten Toten durch LKW

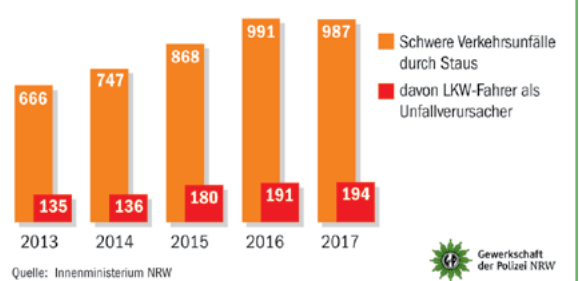
Tödliche Verkehrsunfälle durch Staus auf den Autobahnen in NRW



**Weil der Verkehr auf den Autobahnen immer dichter wird, kommt es in NRW immer häufiger zu schweren Verkehrsunfällen, die durch Staus ausgelöst werden. Häufig sind Lkw an den Unfällen schuld.**

## Immer mehr Unfälle durch Staus

Schwere Verkehrsunfälle auf den Autobahnen in NRW durch Verkehrsstaus



**Trotz automatischer Brems- und Abstandshaltensysteme ist in den vergangenen Jahren in NRW die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle auf den Autobahnen, die durch einen Stau ausgelöst worden sind, gestiegen. Meistens waren Lkws an den Unfällen beteiligt.**



# Veränderte Einsatzstrategie zeigt erste Erfolge

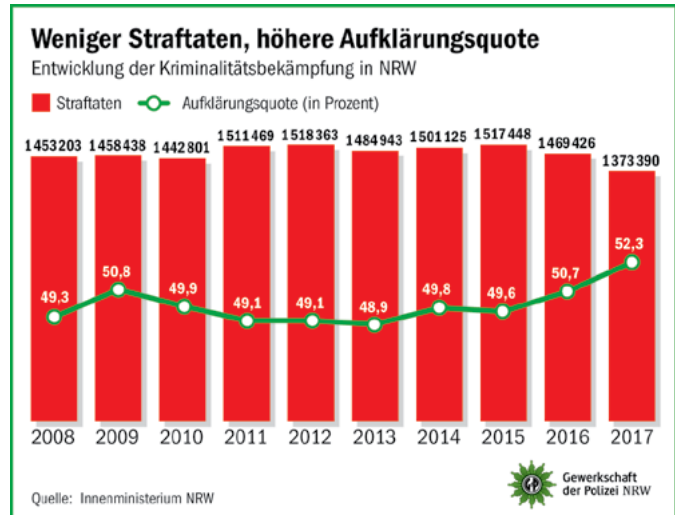
**Jahrelang hat NRW in der Kriminalitätsstatistik einen der hinteren Plätze belegt. Das beginnt sich langsam zu ändern: 2017 ist die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten in NRW um 6,5 Prozent auf 1 373 390 Fälle gesunken. Rückgänge gab es vor allem bei der für die Sicherheit der Menschen besonders relevanten Gewaltkriminalität, bei den auf öffentlichen Straßen und Plätzen begangenen Straftaten und bei den Wohnungseinbrüchen. Bei den Einbrüchen lag der Rückgang im vergangenen Jahr sogar bei 25,7 Prozent.**

Die GdP sieht in den sinkenden Kriminalitätszahlen vor allem einen Erfolg der veränderten Einsatzstrategie der Polizei. „Dass wir heute in NRW 20 000 Wohnungseinbrüche weniger haben als noch vor zwei Jahren zeigt, dass die personelle Aufstockung der Ermittlungskommissariate und die Durchführung von Schwerpunktkontrollen bei der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen aufgegangen sind“, sagte der GdP-Vorsitzende gegenüber den Medien. „Zudem wissen die Täter jetzt, dass sie nach einem Einbruch nicht mehr mit einer Bewährungsstrafe von wenigen Monaten davonkommen, sondern mit einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr rechnen müssen.“

Die GdP rechnet damit, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche 2018 erneut

sinken wird, warnt aber zugleich vor zu euphorischen Erwartungen. „Wir haben in NRW eine ganz andere Dichte von Ballungsräumen als in ländlich strukturierten Bundesländern. In vielen Stadtteilen kennen die Menschen ihre Nachbarn kaum, zudem gibt es bei uns für reisende Einbrecherbanden ideale Fluchtmöglichkeiten. Höhere Aufklärungsquoten werden wir deshalb nur dann bekommen, wenn wir Ermittlungskommissariate weiter personell aufstocken und wenn wir vor allem an Kriminalitätsschwerpunkten mehr Präsenz zeigen. Aber das wird erst dann möglich sein, wenn die Personalverstärkung real in der Polizei ankommt, also in den Jahren ab 2021.“

In den sinkenden Kriminalitätszahlen sieht die GdP zudem eine Bestätigung dafür, dass die Polizei veränderte Einsatzstrategien braucht und nicht eine von anderen aus berufsständi-



**Im vergangenen Jahr ist die Zahl aller in NRW begangenen Straftaten auf 1,37 Millionen Fälle gesunken. Das ist ein Rückgang um 6,5 Prozent. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote von 50,7 auf 52,3 Prozent gestiegen.**

schen Interessen immer wieder in die Diskussion gebrachte Umstrukturierung der Ausbildung. „In der Ausbildung der Polizisten ist NRW bundesweit bereits an der Spitze. Wenn wir jetzt auch die Mittel bekommen, die wir für eine erfolgreiche Verfolgung von Straftaten brauchen, werden wir das in Zukunft auch bei der Kriminalitätsbekämpfung wieder spüren“, betonte Plickert. Dafür spricht auch die Entwicklung der Aufklärungsquote in NRW. Sie ist in den letzten beiden Jahren von 49,6 auf 52,3 Prozent gestiegen.

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 6.4. Josef Franck, Niederzier
- 13.4. Rudolf Hackeneis, Lisberg  
Agnes Vonderbank, Heinsberg
- 15.4. Hannelore Bockholt, Rietberg
- 19.4. Heinz Zallmann, Bremen
- 24.4. Theodor Lotterer, Dortmund

### 91. Geburtstag

- 14.4. Rolf Westenburger,  
Recklinghausen

### 92. Geburtstag

- 6.4. Lieselotte Middelkötter,  
Hattingen
- 9.4. Irmgard Badura, Haan
- 14.4. Agnes Dewitt, Düren

- 23.4. Charlotte Schindler, Oberhausen
- 28.4. Ingeborg Quabeck, Essen  
Anneliese Weihe, Minden

### 93. Geburtstag

- 11.4. Johanna Weimer, Düsseldorf
- 14.4. Hildegard Kruse, Duisburg

### 94. Geburtstag

- 2.4. Paul Schrewe, Gütersloh
- 17.4. Hildegard Halfmann,  
Wermelskirchen
- 22.4. Helene Kiefer, Velbert

### 95. Geburtstag

- 3.4. Jutta Gieshoidt, Recklinghausen
- 10.4. Anneliese Lange, Bielefeld
- 15.4. Hans Becker, Frechen

### 96. Geburtstag

- 28.4. Heinrich Hunnenberg, Krefeld

### 97. Geburtstag

- 10.4. Erna Hubrich, Wilnsdorf

### 98. Geburtstag

- 11.4. Irma Breunig, Aachen
- 16.4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn  
Frieda Salchow, Bielefeld

### 99. Geburtstag

- 10.4. Wilhelm Kramer,  
Schloß Holte-Stukenbrock

### 103. Geburtstag

- 1.4. Bernard Sievers, Bad Lippspringe

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**





## Tag der Arbeit 2018

Der diesjährige Tag der Arbeit steht unter dem Motto „Vielfalt, Gerechtigkeit, Solidarität“. Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet werden bei der zentralen DGB-Kundgebung in Bottrop sprechen. Landesweit werden an den über 70 Veranstaltungsorten insgesamt ca. 100 000 Menschen zusammen feiern. Gerade für Familien hat sich der 1. Mai als besonderes Ereignis etabliert. Neben den Kundgebungen finden zahlreiche Familienfeste statt. Für das leibliche Wohl und Musik wird gesorgt sein.

Zeitgleich starten die von der Stadt Recklinghausen und dem DGB veran-

## GdP aktiv

**4. 4.**, Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15:00 Uhr, Polizeipräsidium, Roter Saal, Königswinterer Str. 500, Bonn, Startgeld: 5 Euro.

**12. 4.**, Skatturnier der Kreisgruppe Coesfeld, 17:00 Uhr, Hotel Am Müns-tertor, Münsterstraße 59, Coesfeld

**12. 4.**, Skatturnier der Kreisgruppe Hamm, 16:30 Uhr, Vereinsheim DJK Heessen-Tennis e. V., Schloßstraße 1, Hamm

**19. 4.**, Pokerturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 17:30 Uhr, Clubhaus der IPA-Verbindungsstelle, Wehberger Str. 72 a, Lüdenscheid

**24.-26. 4.**, Zukunft beginnt jetzt – Landesdelegiertentag 2018, Maritim Hotel, Maritim-Platz 1, Düsseldorf

**1. 5.**, 1. Mai-Kundgebungen des DGB

**3. 5.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein, 17:00 Uhr, Tagungszentrum Eichener Hamer, Am Parkplatz, Kreuztal

**14. 5.**, Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei, 17:00 Uhr, Landhaus Wuttke, Crottorfer Str. 57, Reichshof-Wildbergerhütte

stalteten Ruhrfestspiele 2018. „Heimat“ lautet das diesjährige Motto. GdP-Mitglieder haben die Möglichkeit, eines von sechs Tickets über die Facebook-Seite der GdP NRW zu gewinnen! Weitere Tickets gibt's mit DGB-Rabatt unter: [www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de).

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Köln

19. April, 14:00 Uhr, Pfarsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Referent ist KHK Jürgen Waniek vom PP Köln, Direktion Kriminalität, Kriminalprävention/Opferschutz

### Kreisgruppe Unna

25. April, 14:30 Uhr, vor der DASA (Arbeitsschutz-Museum), Friedrich-Henkel-Weg 1, 44149 Dortmund

### Mehr Termine:

[www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

(Pfad: Aktuelles/Termine/Senioren)

## Glücksnummern des Monats

45 11595

Tuba Özdemir, Recklinghausen

45 11586

Sebastian Fitz, Bochum

45 11387

Horst Kleinert, Unna

45 11599

Alfons Lensing, Münster

**Die Gewinner im April erhalten einen GdP Rucksack "Step M".**

## NACHRUFE

Helmut Hunke	18.02.1957	BZ Carl Severing	Werner Lange	19.11.1930	Münster
Paul Engel	30.06.1926	Steinfurt	Ralf Himmelmann	16.01.1961	Unna
Paul Neuhaus	16.03.1931	Münster	Wanda Sowada	06.07.1922	Duisburg
Elisabeth Reichel	01.06.1934	Aachen	Veit Rathenow	28.10.1985	LKA
Hans-Robert Metzger	07.11.1940	Dortmund	Artur Hellnigk	19.05.1923	Oberhausen
Anna Kirsche	12.07.1922	Düsseldorf	Jürgen Scholzen	26.12.1945	Düsseldorf
Friedrich Schafstetter	15.10.1936	Dortmund	Damian Dyba	24.12.1955	Köln
Margarete Köhlkamp	06.01.1919	Recklinghausen	Hans-Joachim Henne	08.12.1937	Bochum
Ralf Strozyk	06.03.1959	Recklinghausen	Horst Marx	14.08.1929	Düsseldorf
Karl-Heinz Baur	07.05.1935	Mönchengladbach	Reinhard Schlicht	25.04.1930	Düsseldorf
Bernhard Bergmann	21.12.1937	Oberbergischer Kreis	Günter Lilei	30.04.1925	Unna
Karl-Josef Sandbothe	05.12.1946	Paderborn	Johann Schmitz	27.09.1957	Ertkreis
Herbert Hanke	23.09.1925	Gelsenkirchen	Kurt Quellmelz	19.08.1921	Oberbergischer Kreis
Stephan Kremer	28.04.1920	Rheinisch Bergischer Kreis	Maditha Schwanke	21.07.1922	Unna
Manfred Schubert	30.07.1932	Dortmund	Carmen Schiefer	25.01.1927	LKA
Ernst Dettke	09.10.1936	Dortmund	Heinrich Pütz	02.10.1932	Köln
Manfred Klinke	28.11.1924	Duisburg	Elisabeth Bolz	18.11.1943	Aachen
Alfred Weber	17.07.1946	Unna	Wilhelm Lorenzen	26.08.1931	Recklinghausen

